

**JAN SCHMITZ,***stellvertretender Vorsitzender  
des Hessischen Jugendrings*

## Zwischen Frustration und Zukunftsängsten Jugendliche Perspektiven unter Corona

Der Umgang mit der Pandemie erfordert Einschränkungen und eine grundlegende Veränderung der Lebensweise aller Menschen. Warum die Einschnitte Kinder und Jugendliche besonders hart treffen, muss in einem Fachmagazin der Jugendverbandsarbeit nicht weitergehend dargestellt werden. Neben aktuellen Defiziten, beispielsweise mangelnder Bewegung, ist der Austausch in der eigenen Altersgruppe für Kinder und Jugendliche besonders relevant.

Umso irritierender ist der Fokus der öffentlichen Debatte zu Jugend im Verlauf der Pandemie. Neben der medialen Aufbereitung von Unruhen in Innenstädten wurde „der Jugend“ bezüglich der Virusverbreitung teilweise pauschal ihr Verantwortungsbewusstsein aberkannt. Beweise hier-

*„Kinder und Jugendliche müssen auch in der Krise als Personen mit eigenen Interessen gesehen und politisch eingebunden werden ...“*

für bleiben aus. Vielmehr wurde in Befragungen deutlich, dass unter jungen Menschen eine sehr hohe Akzeptanz der Maßnahmen weit verbreitet ist. Dabei wird nicht die Angst vor Strafen oder der Selbstschutz, sondern der Schutz von Mitmenschen am häufigsten als Motivation genannt. Vor dem

Hintergrund der aktuellen Herausforderungen zeigen sich ein Verantwortungsbewusstsein und ein soziales Interesse, das bereits in den letzten Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung deutlich wurde. Unter dem Vorbehalt, dass sich dieses Potenzial entfalten kann, bietet es im Kontrast zu anderen Tendenzen wie Desinformation, Nationalismus oder Ausgrenzung eine durchaus positive Perspektive für unsere Gesellschaft.

Gleichzeitig verdeutlichen die Studien JuCo und JuCo 2, dass es nicht nur die fehlende Beteiligung ist, die jungen Menschen negativ aufstößt. Sie fühlen sich gar nicht erst mitgedacht. Dabei bestätigt aktuell beispielsweise auch die Erhebung des Department of Public Health and Caring Sciences der Universität Uppsala, dass bereits sehr junge Kinder die aktuelle Lage erfassen und die Gefahren sowie Problemlagen benennen können. Junge Menschen sehen sich allerdings auf ihr Funktionieren reduziert. Das überrascht wenig, wenn der öffentliche Diskurs und die Maßnahmen schwerpunktmäßig um den Betreuungsstatus in Relation zur Belastung der Eltern sowie um Schulnoten und Bildungsabschlüsse kreisen. So wird Zukunftsangst geschürt und der Druck erhöht, wenn vermittelt wird, ein Corona-Abschluss sei weni-

ger wert oder ohne entsprechende Noten und Abschlüsse sinke der persönliche Wert. Zusätzlich wird ein Unverständnis bei jungen Menschen darüber deutlich, warum in der Schule Gruppenkonstellationen unter Auflagen möglich waren und in der Freizeit nicht. Außerdem wird offensichtlich, dass die Pandemie bereits bestehende Probleme wie soziale Unterschiede und Bildungsungleichheit noch katalysiert.

Das politische Interesse junger Menschen richtet sich dennoch über die eigenen Einschränkungserfahrungen hinaus. In der Jugendstudie 2020 der TUI Stiftung wurde bestätigt, dass selbst im Verlauf der Pandemie nicht etwa die Pandemie selbst, sondern Umwelt- und Klimaschutz als zentrale aktuelle politische Herausforderungen an erster Stelle stehen.

Diese Diskrepanz zwischen dem Potenzial und der aktuellen Situation ist gesellschaftlich nicht tragbar. Kinder und Jugendliche müssen auch in der Krise als Personen mit eigenen Interessen gesehen und politisch eingebunden werden – losgelöst von ihrem Dasein als Schüler\_innen und Betreute. Das gilt für aktuelle und zukünftige Prozesse. Der Zeitpunkt, an dem wieder langfristige Perspektiven entworfen werden müssen, ist erreicht. Die Folgen der Pandemie werden besonders junge Menschen weiterhin begleiten, unabhängig davon, ob ein Leben ohne Virus wieder möglich wird oder nicht. Die positiven wie negativen Folgen können nur durch eine Perspektivdiskussion politisch bearbeitbar werden. Dabei ist völlig unerheblich, ob Perspektiven zu späteren Zeitpunkten angepasst werden müssen. Aktuelle Bestrebungen wie z. B. das Jugendhearing oder die Jugendbudgets auf Bundesebene können deshalb nur erste Schritte sein.

Wir Jugendverbände müssen weiterhin dynamisch bleiben und situativ abwägen. Wir müssen bestmöglich Ausgleichsmomente und Freiräume schaffen, damit sich Kinder und Jugendliche über das Erfahrene austauschen, Probleme formulieren und gemeinsam Ideen entwickeln können. Wir müssen in der Krise mehr denn je ein Ort sein, an dem sie mit ihren Interessen gesehen werden, politische Vorhaben entwickeln und ihr Engagement ausleben können.

Des Weiteren müssen wir uns darauf einstellen, auch langfristig die Wertigkeit von Freizeit und Ausgleich gegenüber verkrusteten Bildungs- bzw. Verwertungslogiken zu verteidigen. Vielleicht können wir dabei mit dem Rückenwind der Digitalisierung auch anführen, dass man die Nebenflüsse der Donau ausnahmslos im Internet findet, psychische Gesundheit aber nur bedingt.